

Irakische Kirchen kritisieren Resettlementprogramm

Deutsche Kirchendelegation führt Gespräche mit irakischen Kirchenvertretern

Irakische Kirchenvertreter kritisierten gegenüber einer Kirchendelegation aus Deutschland das vom UNHCR angestoßene Resettlementprogramm. Im Rahmen dieses Programms sollen Menschen aus dem Irak in sicheren Drittländern eine neue Lebensperspektive bekommen. Deutschland hat in diesem Zusammenhang in den letzten 12 Monaten 2500 irakische Flüchtlinge aufgenommen.

Kirchenvertreter aus dem Irak kritisieren, dass von diesem Programm eine Sogwirkung ausgehe auf die im Irak verbliebene christliche Minderheit. Das führe zu einem stetigen Rückgang der christlichen Gemeinden im Irak. Seit 2003 sei der Anteil der Christen an der Bevölkerung auf 3% zurückgegangen. Damit sei das Bestehen der ältesten Kirchen der Christenheit gefährdet. Die Mitglieder der Delegation aus den evangelischen Landeskirchen Hessen-Nassau, Bayern und Württemberg sowie Vertreter der EKD vertraten die Ansicht, dass das Resettlementprogramm vorrangig besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen gelte, und somit aus humanitären Gründen dringend geboten sei. Sie betonten die gemeinsame Verantwortung für die irakischen Flüchtlinge in den arabischen Nachbarländern und versprachen, sich auch weiterhin für Maßnahmen einzusetzen, die die Lage der Christen und anderen Minderheiten im Irak verbessern und es den Menschen ermöglichen, in Sicherheit und Würde im Irak zu leben.

Im Mittelpunkt der zehntägigen Reise der deutschen Delegation durch Kurdistan und die Ninive-Ebene stand neben Treffen mit Christen in der Region auch der Besuch verschiedener, von deutschen Kirchen geförderter Projekte.

Wiederholt angesprochen wurde auch die Frage nach der Zukunft der ca. 4,7 Millionen irakischer Flüchtlinge innerhalb des Irak und in den arabischen Nachbarländern. Rund zwei Millionen Flüchtlinge leben allein in Syrien und Jordanien.

München, 15. Juli 2010
Johannes Minkus, Pressesprecher